Sonntag. — Nr. 281. — 30. November 1856.

Leipzig. Die Zeitung erscheint mit Ausnahme des Montags täglich und wird Nachmittags 4 Uhr ausgegeben.

Preis für das Vierteljahr 1½ Thlr.; jede einzelne Nummer 2 Ngr.

Deutsche Allgemeine Zeitung.

«Wahrheit und Recht, Freiheit und Gesetz!»

Zu beziehen durch alle Postämter des In- und Auslandes, sowie durch die Expedition in Leipzig (Querstraße Nr. 8).

Insertionsgebühr für den Raum einer Zeile 2 Ngr.

Französische Zustände.

✕ Southampton, 24. Nov. Die pariser Presse thut seit einiger Zeit gegen einen Theil der deutschen Journale sehr ungehalten, weil diese mit der weitaus überwiegenden Zahl der englischen Blätter die Dinge in Frankreich mit ernster Aufmerksamkeit betrachten und nicht Alles so sehen wollen, wie man es in den officiellen Journalistenkreisen der französischen Hauptstadt wünscht. Unter den inspirirten pariser Journalen (und welches pariser Blatt gehörte nicht heute zu diesen?) hat es besonders der Constitutionnel wiederholt versucht, gegen die angeblichen „Verleumdungen" der englischen und deutschen Blätter Fronte zu machen; aber er hat im Grunde mit seinen allgemeinen Zornesphrasen wenig oder nichts widerlegt. Der Constitutionnel liebt es nicht, auf eine detaillirte Erörterung der gemachten Vorwürfe einzugehen, historische Thatsachen und Zahlen sind ihm ein wahrer Gräuel und er pflegt diese gewöhnlich mit dem Ausruf Lüge! Verleumdung und Bavardage! abzufertigen. Erst vor einigen Tagen versuchte er wieder gegen die Verbreiter von „falschen Neuigkeiten" und „alarmirenden Gerüchten" zu Felde zu ziehen, ohne aber etwas zur thatsächlichen Widerlegung dieser Gerüchte vorzubringen. Er grollt den pariser Epiciers, daß sie überhaupt in ihren Mußestunden noch von Politik sprechen, und gibt zu verstehen, daß aus dieser abscheulichen Gewohnheit alle „faux bruits" und „nouvelles alarmantots" entstehen! Nach der Ansicht des Constitutionnel lebt man jetzt in Paris und Frankreich billiger als je und die Finanzlage des Staats ist eine höchst befriedigende. Das Journal vergißt aber, daß man sich in Betreff der Lebensmittelpreise in der nächstbesten Boutique eine weit bessere und praktischere Auskunft holen kann als in seinem Redactionsbureau, und hinsichtlich der Finanzlage Frankreichs sprechen Zahlen auch deutlicher als die rosenfarbenen Phantasien des Constitutionnel. Wir wollen nur mit einigen Zügen das finanzielle Gebahren der französischen Regierung, da wir demselben, wenn wir vollständig sein wollten, einen eigenen Artikel widmen müßten. Kurz nach dem unvergeßbaren Staatsstreich vom 2. Dec. hat man eine wahre Manie für öffentliche Bauten und Arbeiten aller Art gezeigt. Die Herstellung des Louvre, die Errichtung ganzer Reihen neuer Straßen und Plätze kostete eine ungeheure Zahl von Millionen. Man nannte dies eine zeitlang die „brotlosen Arbeiter beschäftigen", für welche die Regierung ein besonderes Interesse habe. Diese sonderbaren Staatsökonomen sahen aber bald ein, daß dieses Mittel hinsichtlich der Armuth der Arbeiterclasse nicht zum Ziele führe, und die Staatskasse wurde für diese temporäre Unterstützung mit einem ungeheuern Deficit belastet. Man hat sich unbegreiflicherweise darauf beschränkt, Paläste und kostbare Monumente bauen zu lassen, aber Niemand kümmerte sich darum, ob die Erbauer derselben für die nächste Zeit ein bescheidenes Obdach haben. Daher der schreiende Widerspruch, daß bei der jetzigen enormen Höhe der Wohnungsmiethen ganze Scharen von Arbeitern obdachlos umherirren oder in ihren elenden provisorischen Holzhütten nicht besser daran sind als russische Leibeigene. Die Kronschuld beläuft sich während der letzten drei Jahre auf die Summe von 50 Mill. Fr., und rechnet man noch hinzu die Civilliste des Staatsoberhaupts von 40 Mill. Fr. per Jahr, so erhält man als Gesammtzahl der dreijährigen Kronausgaben die fabelhafte Summe von 170 Millionen! Der Krieg in der Krim, der mit einem Tractat endete, welcher bis heute noch nicht ausgeführt ist, kostete Frankreich 2 Milliarden Fr., und die grauenhaften Verwüstungen, welche während des letzten Sommers die Rhône, Saône und Loire anrichteten, erfoderten, ungeachtet der freiwilligen Sammlungen, ebenfalls eine enorme Herstellungssumme. Wir könnten noch mehr Einzelheiten in Beziehung von Zahlen geben und besonders das wenig ökonomische Gebahren der Krone nachweisen, welches mit dem Haushalt der Juliregierung und selbst der Restauration in keinem günstigen Vergleiche steht, aber wir glauben, daß schon die obigen Ziffern hinreichen werden, um jedem Unbefangenen die Finanzverhältnisse Frankreichs und die jetzt herrschende abnorme Theuerung zu erklären. Daß unter solchen Umständen so manche Illusionen verschwinden, kann daher Niemandem Wunder nehmen. Man kann sagen, daß noch unter keiner Regierung Frankreichs die politischen Parteien und Geheimbünde eine größere Thätigkeit entfalteten als unter der jetzigen, und es ist leicht begriflich, daß diesen jede Blöße der Regierung als willkommenes Agitationsmittel dient. Erst jüngst hat es das londoner Centralcomité der berüchtigten Marianne mit vieler Ostentation erklärt, daß es in Frankreich 382 Zweigvereine besitze, die durch ihre „eigenthümliche Organisation" allen Nachforschungen der Polizei spotteten! Und es scheint wirklich, daß die Regierung trotz aller Wachsamkeit nicht im Stande ist, das Treiben der geheimen Gesellschaften zu unterdrücken. Die Zahl der politischen Verurtheilten ist eine sehr bedeutende, und wir haben eine Nominalliste vor uns liegen, welche in Cayenne allein 277 politische Gefangene ausweist. Indessen dauern die Verhaftungen und Verurtheilungen sozusagen wöchentlich fort, und eben diese Dauer und das zweideutige Schweigen der französischen Presse darüber macht zuletzt auch Leute stutzig, die mit den wilden Revolutionärs und Republikanern durchaus nichts gemein haben. „Wie wird das enden?" Diese Frage wird heute immer allgemeiner in Frankreich, und Niemand wagt sich an die Beantwortung derselben, am allerwenigsten die Presse. Eine Discussion der innern Angelegenheiten ist zur Unmöglichkeit geworden, und wenn man über diese einen unabhängigen Artikel lesen will, so nimmt man seine Zuflucht zu englischen oder deutschen Journalen. Darüber ärgert sich nun die pariser Presse mit der nervösen Reizbarkeit eines Kranken, macht aber hierdurch ihr Uebel nur noch augenfälliger. Indessen liegt in diesem Aerger über die eigene Krankheit noch nichts Verwerfliches oder Unmoralisches, und jenes Symptom ist in gewisser Hinsicht sogar erklärbar. Wenn aber ein Kranker in gallsüchtiger Bitterkeit die ganze Welt siech sehen möchte, so zeugt ein solches Verlangen schon von einem verdorbenen Gemüth und einem unmoralischen Haß. Und dies ist der „fromme Wunsch" des Constitutionnel und eines großen Theils der gegenwärtigen pariser Presse.

Deutschland.

Preußen. ÷ Berlin, 28. Nov. Die ministerielle «Zeit» bespricht heute die gegenwärtige Lage der neuenburger Frage. Sie gibt bei dieser Gelegenheit wiederholt deutlich zu verstehen, daß Preußen auf das kleine Gebiet am Neuenburgersee verzichten wolle. Aber, meint das ministerielle Blatt, nur mit Ehren könne Preußen verzichten, und dazu sei es nothwendig, daß sein Recht zuvor durch eine bestimmte Handlung der schweizerischen Regierung ausdrücklich anerkannt werde. Es handelt sich also eigentlich nur um eine „Form"; diese Form sei aber für Preußen so wichtig, daß es davon nicht ablassen könne, ohne sich an seiner politischen Stellung oder an seiner Ehre zu schädigen. „Möge man die Neuenburger verurtheilen", schließt das Blatt, „Preußen wird handeln." Es fragt sich nun, worin das „Handeln", von welchem die «Zeit» redet, bestehen wird. Preußen hat sich durch das Londoner Protokoll insofern gebunden, als es, wenn es jetzt weitergehen will, sich zunächst an die Großmächte mit dem Ersuchen zu wenden hat, in die im Londoner Protokoll vorgesehene Berathung darüber zu treten, wie die Rechte Preußens auf Neuenburg zur factischen Anerkennung zu bringen seien. Diesen Schritt dürfte man denn auch, wie wir vernehmen, diesseits einschlagen. Die Sache wird also zunächst in die Hände der Großmächte gelegt, und solange diese letztern nicht gesprochen haben, wird von Seiten Preußens gegen die Schweiz ein Weiteres wol nicht veranlaßt werden können. Anzunehmen dürfte aber sein, daß die Großmächte einer kriegerischen Entscheidung soviel als nur immer möglich vorzubeugen suchen werden. Ob die Großmächte, und insbesondere Oesterreich und Frankreich, beschließen werden, im Verein mit Preußen und andern Staaten die Schweiz bis nach erfolgter Regulirung der Sache zu besetzen, das bleibt abzuwarten; unwahrscheinlich dürfte es indessen sein, daß man zu irgendeiner äußersten Maßregel sich überhaupt entschließen werde, schon darum nicht, weil es Preußen ja, wie die «Zeit» wiederholt versichert, nicht sowol um den kaum erwähnenswerthen Besitz des Fürstenthums, als vielmehr nur um eine geeignete Form zu einer ehrenvollen Verzichtleistung zu thun ist. Die Schwierigkeit aber, welche die Auffindung dieser geeigneten Form bisjetzt noch darbietet, dürfte sich durch die in bestimmter Aussicht stehende Amnestirung der Gefangenen nach beendigtem Proceß wol einigermaßen glätten, besonders wenn der Bundesrath sich bei dem betreffenden Act einer für Preußen verbindlichen Form bedient. Ist die «Zeit» in einzelnen Punkten nun auch anderer Ansicht als wir, so stimmt die Quintessenz ihres Raisonnements doch darin mit uns ganz überein, daß wir einen Krieg mit der Schweiz wol schwerlich zu besorgen haben dürften. Wir glauben aber ganz besonders auch noch deshalb an eine friedliche Verständigung zwischen Preußen und der Schweiz, weil es in politischen Kreisen gar kein Geheimniß ist, daß Oesterreich die gegenwärtige Gelegenheit benutzen will, um die alte schweizerische Verfassung durch ein Verdict der Großmächte wiederherzustellen und ebenso auch wieder den ultramontanen Sonderbundsinteressen auf die Beine zu helfen. Mit diesen Bestrebungen Oesterreichs fallen aber die höhern Interessen, welche Preußen zu verfolgen hat, in keiner Weise zusammen, und darum glauben wir, wie gesagt, daß auch dieser Umstand zu einer baldigen Verständigung über die an und für sich doch so untergeordnete neuenburger Frage mit beitragen werde. — Die dänische Antwort auf die jüngste diesseitige Note, ist, wie wir bereits im Allgemeinen anzudeuten Gelegenheit genommen haben, hier eingetroffen. In den Händen des Grafen Buol dürfte sich dieselbe in diesem Augenblick wol ebenfalls bereits befinden. Wie die frühern dänischen Rückäußerungen, so versucht es, wie wir vernehmen, auch die gegenwärtige, die deutschen Großmächte mit Ausflüchten hinzuhalten. Die diesseitige Note vom 23. Oct. und die wie-